



CH-3003 Bern, GS-WBF, JSA

A-Post

Herr

Stephan Suhner

ask Arbeitsgruppe Schweiz-Kolumbien

Schwanengasse 9

3011 Bern

Schweiz

Bern, 29. August 2016

Offener Brief an den Bundespräsidenten anlässlich des Kolumbienbesuches

Sehr geehrter Herr Suhner

Ich bedanke mich für Ihr Schreiben bezüglich meines Besuches in Kolumbien von Anfang August, in welchem Sie auf die verbleibenden Herausforderungen im Friedensprozess, die Schweizer Beteiligung im Rahmen der IZA und die Rolle von Schweizer Unternehmen eingehen.

Im Zentrum der Gespräche mit Präsident Santos standen der Friedensprozess, die Schweizer Beiträge für die Umsetzungsphase der Friedensabkommen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Ich bekräftigte, dass die Schweiz Kolumbien in diesen Bereichen auch in der Nachkonfliktzeit begleiten und unterstützen werde. So sieht die Schweiz vor, die verschiedenen kolumbianischen Partner auch weiterhin technisch und finanziell zu unterstützen, mit Fokus auf nachhaltigen Frieden und wirtschaftliche Entwicklung, die allen involvierten Personen zugutekommen soll. Die Schweiz arbeitet dabei auf vielfältige Weise mit der kolumbianischen Regierung, der Zivilgesellschaft, Schweizer NGOs und internationalen Organisationen zusammen.

In diesem Zusammenhang werden Projekte im Bereich der Vergangenheitsbewältigung, zum Schutz von Menschenrechtsvertretern, zur Partizipation der Zivilgesellschaft und zur Stärkung der Menschenrechte umgesetzt. Im Sinne einer Fortsetzung des bisherigen Engagements wird die Schweiz weiter den Dialog zwischen den Gemeinden und den lokalen Institutionen in den besonders vom Konflikt betroffenen Regionen fördern. Zudem sollen die Anstrengungen der Zivilbevölkerung bei der Umsetzung des endgültigen Waffenstillstandes und der thematischen Abkommen zwischen dem kolumbianischen Staat und der FARC unterstützt werden.



Die wirtschaftliche Zusammenarbeit wiederum setzt sich zum Ziel, ein inklusives und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, das zu langfristigem Frieden beiträgt, zu fördern. In diesem Zusammenhang unterstützt die Schweiz beispielsweise die Förderung von Nachhaltigkeitsstandards und die verantwortungsvolle Nutzung von natürlichen Ressourcen. Zudem trägt die wirtschaftliche Zusammenarbeit zur Umsetzung von Schlüsselempfehlungen aus dem Rohstoffbericht des Bundesrates bei und legt dabei ein besonderes Augenmerk auf die Wertschöpfungskette von nachhaltigem Gold. Über die EFTA setzt sich die Schweiz auch im Rahmen des Freihandelsabkommens mit Kolumbien dafür ein, den Aspekt Handel und nachhaltige Entwicklung zu verstärken.

In Bezug auf das Leukämiemedikament Glivec von Novartis hat der Bundesrat betont, dass die Schweiz die Zuständigkeit der kolumbianischen Behörden im Bereich der Preisfestsetzung von Medikamenten anerkennt. Die Schweiz verfolgt eine umfassende Politik, welche sich für die öffentliche Gesundheit, Zugang zu Medikamenten für alle, aber auch für den Schutz des Geistigen Eigentums als Stimulus für die Forschung und Entwicklung von Innovationen einsetzt. Während unserer Diskussion hat Präsident Santos sich für dafür ausgesprochen, dass die kolumbianischen Behörden und Novartis weiter im Dialog bleiben, um eine einvernehmliche Lösung zu finden. Was die Klage von Glencore gegen Kolumbien betrifft, so stützt sich diese auf das Investitionsschutzabkommen Schweiz-Kolumbien. Da Investor-Staat-Schiedsverfahren ohne Involvierung des Sitzstaats des Investors erfolgen, ist die Schweiz nicht in das Verfahren involviert.

Der Bundesrat setzt sich in seinem Positionspapier zur gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen (Corporate Social Responsibility, CSR) vom 1. April 2015 für eine konsequente und breite Umsetzung der CSR, einschliesslich der Achtung der Menschenrechte, ein. CSR kann einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung sowie zur Lösung von gesellschaftlichen Herausforderungen leisten. Der Bund spielt dabei eine wichtige Rolle bei der Schaffung von Rahmenbedingungen und der Erarbeitung von Standards sowie bei der Förderung der CSR. Seit Jahren unterstützt die Schweiz vor allem wegen der globalen Ausrichtung ihrer Wirtschaft die Ausarbeitung multilateraler Standards, welche die Unternehmen bei der Ausübung der CSR unterstützen. Dazu gehören die 2011 aktualisierten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen, die unter anderem eine menschenrechtliche Sorgfaltspflicht gestützt auf die UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte beinhalten. Zudem verfassen zurzeit das EDA und das WBF in Erfüllung des Postulats 12.3503 einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (sogenannte „Ruggie-Strategie“), der voraussichtlich im Herbst 2016 vom Bundesrat verabschiedet wird. Dieser Nationale Aktionsplan sieht vor, die Menschenrechte im Kontext wirtschaftlicher Aktivitäten zu schützen, die Erwartungen des Bundesrats an die Unternehmen zu kommunizieren und die politische Kohärenz im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte zu stärken.

Ich kann Ihnen somit versichern, dass auf den verschiedenen Ebenen der schweizerisch-kolumbianischen Zusammenarbeit die notwendige Aufmerksamkeit entgegengebracht wird.

Freundliche Grüsse



Johann N. Schneider-Ammann